

25.06.2009

Al-Ahram, halboffizielle ägyptische Zeitung

Korrespondentenberichte

Griechenland: Streit um Migranten in Politik und Bevölkerung

von unserem Korrespondenten Abd As-Sattar Barakat, Athen

Die muslimischen Communities in Griechenland haben jüngst gegen Verunglimpfungen des Korans demonstriert. Diese Demonstrationen haben vorhandene Spannungen noch vermehrt und einen heftigen Streit entfacht: einerseits zwischen den griechischen Parteien und andererseits zwischen den Bürgern des Landes, besonders denen im Zentrum von Athen, und der Regierung. Und in beiden Fällen erhoben sich Stimmen, die die große Zahl der Migranten im Land, seien sie legal oder illegal, heftig kritisierten, da sie viele Probleme hätten und ihre Kriminalitätsrate ansteige.

Die Oppositionsparteien waren schnell mit Anschuldigungen gegen die Regierung zur Stelle, sie hätte während der vergangenen Jahre die Problematik der Einwanderer sträflich vernachlässigt. Dies hätte zu einer Zuspitzung der Krise geführt, mit zehntausenden von illegalen Einwanderern, die sich ohne Papiere bzw. eine Aufenthaltserlaubnis in Griechenland aufhielten. Die Folge sei eine Vervielfachung der Straftaten im Land. 75% aller Gefängnisinsassen seien Ausländer, und Polizeiberichte wiesen darauf hin, dass etwa 80% aller Verbrechen täglich von Ausländern verübt würden.

Seit kurzem leiden die Athener unter der großen Zahl der Ausländer, seien sie nun legal oder illegal im Land. Die internationale Wirtschaftskrise hinterlässt bei allen Menschen ihre Spuren, und jene Einwanderer haben begonnen, sich auf öffentlichen Plätzen, Straßen und in den Parks niederzulassen. Sie stellen nun eine Bedrohung für die Ordnung und die Sicherheit der griechischen Bürger dar, insbesondere auf dem Omonia-, dem Acharnon- und dem Scotia-Platz im Zentrum der Hauptstadt.

Die Zahl der illegalen Einwanderer in Griechenland hat sehr stark zugenommen. Denn auf rund tausend Inseln des Landes stehen die Grenzen offen, und auch die geographische Lage am Mittelmeer und als Südgrenze der Europäischen Union spielen eine Rolle. Die Migranten bevorzugen es, zunächst nach Griechenland zu kommen und dann in die übrigen EU-Staaten weiter zu wandern. Sie entledigen sich ihrer Pässe und Papiere, wenn sie heimlich in das Land dringen, und geben falsche Namen an sowie Staatsangehörigkeiten, die nicht mit ihren Herkunftsländern übereinstimmen. Diese Länder zählen meist zu den Staaten, die an Kriegen und politischer Instabilität leiden, weswegen es schwer ist, die Menschen wieder abzuschieben.

Kostas Karamanlis, dem griechischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Partei "Neue Demokratie", blieb nichts anderes übrig, als eilends eine Zusammenkunft des Ministerrates einzuberufen, um mit seinen Ministern die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit zu diskutieren, sowie wiederholte Treffen mit den für Ausländer zuständigen Ministern abzuhalten – dies insbesondere vor dem Hintergrund der Stimmverluste seiner Partei, der regierenden "Neuen Demokratie", bei den Europawahlen sowie angesichts der Kritik seitens der Opposition.

Die griechische Regierung sei entschlossen, über Schleuser härtere Strafen zu verhängen. Außerdem sei beschlossen, reguläre Aufnahmezentren zu errichten, wo die Einwanderer, die von der Polizei aufgegriffen wurden, bis zu zwölf Monate bleiben können. Dies gab der für öffentliche Sicherheit zuständige stellvertretende griechische Innenminister, Christos Markojannakis, nach

einem Treffen mit Ministerpräsident Karamanlis bekannt. Markojannakis sagte, sie hätten die Problematik der illegalen Einwanderung diskutiert sowie die Position, die Griechenland dazu auf dem nächsten EU-Gipfel vertreten werde.

Innenminister Prokopis Pavlopoulos verlangte derweil, die EU-Kommission solle diejenigen Staaten, die Abkommen unterschrieben haben zur Rückführung illegaler Migranten in das Land, aus welchem sie losgefahren sind, zur Umsetzung dieser Abkommen zwingen. Pavlopoulos erklärte, die Türkei müsse sich an die europäischen Regelungen halten. Der Innenminister verwies darauf, dass das Ministerium daran arbeite, ein Zentrum zur Behandlung von Drogensüchtigen aus dem Zentrum Athens heraus zu verlegen. Er fügte hinzu, die Regierung hätte beschlossen, den Bau einer Moschee und von Friedhöfen in der Region Attika anzustoßen. Diese Region umfasst auch Athen und seine Vororte.

Die griechische Außenministerin Dora Bakoyannis erklärte unterdessen aus Schweden, welches für die kommenden sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, dass es nun wesentlich darauf ankommen, eine gemeinsame europäische Politik zur Rückführung illegaler Einwanderer zu entwickeln, und zwar in das Land, aus dem sie losgefahren seien. Dabei sei der humanitäre Aspekt miteinzubeziehen. Frau Bakoyannis bemerkte, das Thema werde in seiner Gesamtheit bei dem bald stattfindenden Treffen des Rates der Europäischen Union auf der Tagesordnung stehen. Die EU müsse Griechenland bei der Einwandererproblematik unterstützen.

Die politischen Parteien in Griechenland reagierten auf die ausländerpolitischen Beschlüsse der Regierung mit einem Bündel von Initiativen. So proklamierte der Vorsitzende der sozialistischen Partei PASOK, Giorgos Papandreou, acht Maßnahmen zur Migrationspolitik. Dazu gehöre, bei der illegalen Einwanderung keine Toleranz walten zu lassen, das Thema bei der EU voranzubringen, zusätzliche finanzielle Mittel zur Festigung der gemeinsamen Grenzen bereitzustellen, die bilateralen Abkommen umzusetzen, insbesondere die zur Rückführung der illegalen Migranten in das Land, aus dem sie losgefahren sind, sowie die Integration der legalen Einwanderer in die griechische Gesellschaft, indem jedem, der die gesetzlichen Standards erfüllt, die Staatsbürgerschaft gewährt wird.

Die Kommunisten, drittgrößte Partei Griechenlands, sprachen von einer aggressiven Reaktion der Regierung und der EU gegen die Migranten. [...]

Einige Beobachter betonen, dass die rechte orthodoxe Volksbewegung "LAOS" bei den jüngsten Wahlen zum Europaparlament deswegen einen großen Stimmenzuwachs verzeichnen und zur viertstärksten Partei werden konnte, weil sie von Beginn an nach der Ausweisung der Ausländer aus Griechenland rief bzw. zumindest ihren Status zu regulieren und ihre Zahl zu verringern. Dies stieß bei vielen in der Bevölkerung auf Zustimmung, die unter Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise leiden.

Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg